



Bauen und Verkehr

# Was haben wir auf Bundesebene?

In Bochum wurde der PA188 angenommen mit einer Vielzahl von Themen:

Das Projekt Schulterschluss vereinigt Anträge zu umweltpolitischen Zielen aller beteiligten Arbeitsgemeinschaften. ... Die beteiligten AGs sind die: AG Nachhaltigkeit, AG Umwelt, AG Energiepolitik, die AntiAtomPiraten, AG Landwirtschaft, AG Bauen und Verkehr und AG Tierrecht. Der komplette Antrag ist auf Seite 34 zu finden: [http://www.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2012/12/Piratenpartei\\_Bochumer\\_Beschluesse\\_Zweite\\_Auflage.pdf](http://www.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2012/12/Piratenpartei_Bochumer_Beschluesse_Zweite_Auflage.pdf)

# Stichwort: Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit ist bereits im Grundsatzprogramm enthalten.

## ● Nachhaltigkeit

Die Piratenpartei setzt sich mit ihrer Politik für eine ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Entwicklung ein. Darunter verstehen wir einen verantwortungsvollen und generationengerechten Umgang mit den zum allgemeinen Wohlergehen notwendigen Ressourcen immaterieller oder materieller Art.

## ● Bauen und Verkehr

Die Art, wie wir leben, wohnen und uns fortbewegen, hat sich in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten stark gewandelt und wird sich weiter entwickeln. Fortschreitende Urbanisierung, der demografische Wandel und die Veränderungen unseres Klimas tragen dazu bei.

Die aktive Gestaltung neuer Lebensräume und neuer Mobilität muss nicht nur uns, sondern auch den kommenden Generationen Lebensqualität und Wohlstand sichern.

## ● **Verkehr und Infrastruktur**

Wir sprechen uns gegen die Privatisierung von Verkehrsinfrastrukturen aus. Nur so können gleiche Zugangsbedingungen für alle Nutzer gewährleistet werden. Und nur so kann sichergestellt werden, dass Einnahmen aus Nutzungsentgelten in den Erhalt und gegebenenfalls in den Ausbau der Infrastruktur investiert werden. Die Unterhaltung und der Neubau von Verkehrswegen muss nach vielfältigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Maßstäben erfolgen. Bauvorhaben müssen auch auf zukünftige Entwicklungen im gesamten Verkehrssystem hin geprüft werden.

Das bestehende Angebot des ÖPNV muss weiter ausgebaut werden. Weiterhin müssen die Zugangshürden wie hohe Entgelte, komplizierte Entgeltstrukturen und Fahrzeuge mit physischen Barrieren massiv gesenkt werden, um die Nutzung des ÖPNV, auch außerhalb von Ballungsgebieten, attraktiver zu machen.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die verschiedenen Modelle für Fahrscheinlosen ÖPNV in Pilotprojekten getestet werden und unterstützen die Entwicklung alternativer Mobilitätskonzepte. Wir setzen uns für die Förderung verbrauchsarmer Mobilität ein. Ein kurzfristiger Ansatz zu umweltfreundlicherem Verkehr kann nur eine konsequente Verbrauchsreduzierung sein. Das Ersetzen von Erdöl durch Bio-Kraftstoffe ist keine Lösung. Wir befürworten die Nutzung alternativer Antriebskonzepte und Methoden zur Energiebereitstellung ebenso wie die Weiterentwicklung etablierter Technologien hin zu weniger Verbrauch. Ebenso unterstützen wir die Erforschung und Anwendung ergänzender Ansätze wie den Einsatz moderner Telematik-Systeme oder die Entwicklung alternativer Verkehrskonzepte. Gütertransport gehört auf die Schiene oder das Wasser, soweit dieser dort möglich ist. Energieaufwändige Transporte auf der Straße oder in der Luft sollen reduziert werden. Wir setzen uns für die Förderung von verkehrs- und strukturpolitischen Maßnahmen zur Reduzierung des Verkehrsaufkommens ein.

## ● **Stadt- und Regionalplanung**

Wir setzen uns für eine breite Mitgestaltungs- und Mitwirkungsmöglichkeit bei der Stadt – und Regionalplanung durch die Bürger ein. Es muss sichergestellt sein, dass eine Beteiligung an geplanten Projekten frühzeitig und umfassend möglich ist. Die städtebauliche Entwicklung von Bauflächen sollte flächen- und umweltschonend erfolgen.

Raumordnungsverfahren und die Planung von Infrastrukturen dürfen nicht an bestehenden Grenzen und Zuständigkeiten scheitern. Lösungsorientierte Kooperationen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sind daher ebenso zu initiieren und zu intensivieren wie die innereuropäische Zusammenarbeit.

# Das Grundsatzprogramm

- wurde leider noch auf keinem Parteitag behandelt
- [https://  
ag\\_bauen\\_und\\_verkehr.piratenpad.de/  
Entwurf-Grundsatzprogramm?](https://ag_bauen_und_verkehr.piratenpad.de/Entwurf-Grundsatzprogramm?)

- Stand 26.10.2012 (Endfassung für BPT 2012.2)

## **Einleitung**

Ökologische, soziale, ökonomische und demographische Entwicklungen stellen die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland vor besondere Herausforderungen. Die Piratenpartei bekennt sich zu einer Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik, die diesen Wandel nach den Prinzipien der Nachhaltigkeit aktiv gestaltet.

Zu einer nachhaltigen Entwicklung gehören die Bereitstellung eines klimafreundlichen Verkehrsangebotes, die Schaffung eines attraktiven Wohnumfeldes, die Reaktivierung von urbanen Brachflächen, der Erhalt von historisch bedeutsamer Bausubstanz und von städtischen und ländlichen Strukturen, die Vermeidung der Zersiedelung von Landschaften und Natur sowie der Erhalt von zusammenhängenden Kulturlandschaften.

Diese vielfältigen Herausforderungen können nur in einer engen Zusammenarbeit aller Beteiligten bewältigt werden. Bürger brauchen mehr Gestaltungsspielräume, um sich engagiert in die Entwicklung ihres Umfelds einbringen zu können. Deshalb müssen die Planungsprozesse transparenter gestaltet und Möglichkeiten zur Partizipation ausgebaut werden.

Planung darf nicht an bestehenden Grenzen und Zuständigkeiten Halt machen. Lösungsorientierte Kooperationen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sind daher ebenso zu initiieren und zu intensivieren wie die innereuropäische Zusammenarbeit.

## **Bauen und Wohnen**

Der würdevolle Umgang mit Menschen beinhaltet auch die Bereitstellung für sie angemessenen Wohnraums. Dieser muss daher für jedermann verfügbar und bezahlbar sein.

Ein Hauptanliegen städtebaulicher Planung und Wohnungsbauförderung soll die Erzielung einer ausgewogenen sozialen, sowie demographischen Durchmischung und eines ausgeglichenen Miteinanders von individueller Wohnbebauung, Mietwohnungen, Handel, Gewerbe, Freizeit und öffentlicher Infrastruktur sein. Auf diese Weise werden Wege reduziert und Siedlungsgebiete belebt und attraktiv gestaltet.

Bei allen baulichen Maßnahmen, egal ob Sanierung oder Neubau, soll auf die Schonung natürlicher Ressourcen besondere Rücksicht genommen werden. Öffentliche Fördermittel sollen vorrangig in eine sinnvolle energetische Ertüchtigung von Bestandsbauten und in den Bau von ressourcenschonenden Neubauten fließen.

Die Teilnahme am öffentlichen Leben ist ein Grundrecht. Dazu gehört für Menschen mit eingeschränkter Mobilität oder Wahrnehmung die Möglichkeit sich ohne fremde Hilfe zu bewegen. Wir fordern Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen und setzen uns für die Umsetzung von Standards zur Förderung dieser bei Um- oder Neubau gewerblich genutzter Immobilien ein. Im Wohnungsbau ist durch spezielle Fördermaßnahmen ein bedarfsgerechter Anteil barrierefreier und kindgerechter Wohnungen zu schaffen, sowie Bestandsbauten möglichst entsprechend zu modernisieren.

Alle öffentlichen Aufträge und Vergaben sollen transparent und nachvollziehbar veröffentlicht werden und kontrollierbar sein. Dabei müssen die am Ort der Bauleistung gültigen Tarifverträge nachweislich eingehalten werden.



- **Verkehr und Infrastruktur**

In einer modernen und vielfältigen Gesellschaft ist Mobilität ein wesentliches Merkmal für Lebensqualität und bietet Entwicklungschancen für Bevölkerung und Wirtschaft. Sie ermöglicht Kommunikation, Handel und die freie Entfaltung eines jeden Einzelnen in Beruf, Familie und Hobby.

Kennzeichen einer entwickelten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist der verantwortungsvolle und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Umgang mit den zur Verfügung stehenden materiellen und finanziellen Ressourcen. Dieser Umgang ist gekennzeichnet durch eine konsequente Verbrauchsreduzierung und die Nutzung regenerativer Energie- und Rohstoffquellen.

Bedarfs- und nicht gewinnorientiert entwickelte Verkehrsinfrastrukturen sind grundlegend für die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe. Sie müssen sich den Anforderungen einer sich verändernden Bevölkerungsstruktur ebenso anpassen können wie den Herausforderungen, die sich aus der zunehmenden Ressourcenknappheit ergeben.

Wir plädieren für Verkehrsinfrastrukturen in öffentlicher Trägerschaft, um einen bedarfsgerechten Ausbau und einen möglichst gleichberechtigt nutzbaren Zugang zu ermöglichen.

## Soweit der Entwurf... jetzt zu den Landesthemen

# Ablehnung von Fracking

- Im NRW-Grundsatzprogramm enthalten

# ÖPNV

- Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Personennahverkehrs (NRW)
  - bessere Auslastung
  - Taktverdichtung
  - Service auf schienengebundenen Umlandstrecken
  - Pilotprojekt fahrscheinloser Nahverkehr - bis dahin einfach und übersichtlich gestaltetes Tarifsysteem, Bewirtungsangebote, barrierefreier Bau/Anpassung der Stationen, Einzelfahrscheine unabhängig der Fahrtrichtung, Ruhezeiten wie im ICE, Lärmschutz
  - landesweites, barrierefreien, anbieterübergreifendes Fahrgastinformationssystem (Stichwort: Open Data)

- Modellversuch für fahrscheinlosen Öffentlichen Personennahverkehr
  - Verzicht auf herkömmliches Fahrscheinsystem = Aufwertung der Städte als zusammenhängender Lebensraum, stärkere Nachfrage führt zu einem attraktiverem Angebot, gut für auswärtige Besucher -> Profit für Staat und Wirtschaft, schwach frequentierte Strecken werden besser bedient, einkommensschwache Verkehrsteilnehmer werden entlastet, Kosten für Fahrkartenverkauf und -kontrolle entfallen (zwischen 3 und 20 % lt.VRR)
  - ÖPNV wird von der öffentlichen Hand sowieso finanziell gestützt. Dies muss zielgerichtet und transparent erfolgen. Vergabekriterien sollen angepasst werden.
  - Kreative Lösungen für Verkehrsnetze fördern (Bürgerbusinitiativen etc.)

# Grundidee der Piraten

- Transparenz in Entscheidungsprozessen
- Nahverkehr 2.0
  - Verkehrsnetze sind unflexibel - in Städteübergängen schlecht

# SPD

## Regierungsprogramm

- bezahlbares Wohnen
  - gegen Wohnraum als Spekulationsobjekt
  - Strompreisbremse durch reduzierte Stromsteuer